

ge für die, die wenig verdienen, werden gesenkt. Ein Arbeiter bleibt auch beim Wechsel der Arbeitsstelle und bei Arbeitslosigkeit krankenversichert. Die Beiträge der Selbständigen sollen sinken. Kinder werden automatisch mitversichert. Die Kosten der Krankenversicherung, welche die Firmen mit über 5000 Mitarbeitern bereits haben, werden wesentlich billiger. Die Belastung der Arbeitgeber soll bei 7,9 Prozent der Lohnkosten liegen. General Motors entrichtet bisher 19 Prozent der Lohnkosten an die betriebliche Krankenversicherung, im Durchschnitt der Großbetriebe sind es immerhin noch 12 Prozent. Dafür müssen die Firmen, die 25 und weniger Mitarbeiter haben und von denen zwei Drittel keine Krankenversicherung gewährten, zwingend dem Krankenversicherungssystem beitreten. Aus dieser starken Gruppe wird Clinton besonders viel Widerstand zu erwarten haben.

Die Krankenhäuser sollen weniger einnehmen, ebenso die Fachärzte und die pharmazeutische Industrie. Die Rechtsanwälte sind einstweilen die erste Gruppe, die frohlockt: die Errichtung des Systems, die eng mit dem Umbau des bestehenden – und darüber teuren – Versicherungswesens zusammenhängt, wird viel versicherungsrechtlichen Sachverstand erfordern.

Das Präsidentenpaar und die ihm zuarbeitenden Fachleute sind bereits aufgebrochen, den neuen Plan dem Volk bekanntzumachen. Was sich aus dem Weißen Haus in den kom-

menden Monaten über das Land ausdehnen wird, ist durchaus innerhalb der Kategorien eines großen Wahlkampfes zu sehen. Clinton hat sich der Mitarbeit des ehemaligen General Surgeon *Everett Koop* versichert, der unter Reagan und Bush das Amt des „obersten Arztes der Nation“ versah. Es wird Clinton beim Kampf um die Gesundheitsreform helfen, daß Koop bereits überall erklärt, daß keiner der noch lebenden Vorgänger Clintons soviel für das Gesundheitswesen getan habe wie der gegenwärtige Präsident. Das bezeichnet immerhin einen Zeitraum bis zurück ins Jahr 1968, als Richard Nixon Präsident wurde.

Clintons Ehrgeiz reicht noch weiter. Seine Gesundheits- und Krankenversicherungsreform soll anknüpfen an die Einführung der amerikanischen Sozialversicherung, der *Social Security*, durch Präsident Roosevelt im Jahr 1935. In diesem Herbst 1993 stellt sich der Eindruck ein, daß Clintons politische Flexibilität und seine Gestaltungskraft die Opposition in das Gesetzeswerk, das eindeutig auf das „mittlere Amerika“ zielt, einbinden können. Sollte das Programm 1994 oder 1995 Gesetzeskraft erlangen, dann wird Clinton aus heutiger Sicht erst einmal beruhigt das Wahljahr 1996 erwarten können. Nein, der 42. Präsident hat in keiner Weise politisch verloren. Es kann ganz anders kommen, als die schnellen Kritiker glauben machen wollen. Wir alle sollten mit unseren Prognosen erst einmal für drei Jahre innehalten. *Hermann Vogt*

„Wir brauchen weniger Selbstmitleid“

Ein Gespräch mit Hartmut Löwe, dem Bonner Bevollmächtigten der EKD

Drei Jahre nach der Wiedervereinigung ist die politische Landschaft in der Bundesrepublik von Unsicherheit geprägt. Man weiß, daß vieles nicht mehr weitergehen kann wie bisher, zögert aber bei den notwendigen Schritten auf diesem Weg. Angesichts von Orientierungsproblemen und Werteschwund rufen viele nach den Kirchen; diese werden aber durch die gesellschaftliche Entwicklung selber stark gebeutelt und müssen sich auch über ihre Rolle gegenüber der Politik neu klar werden. Über Politik und Kirche heute sprachen wir mit Prälat Hartmut Löwe, seit Anfang dieses Jahres Bevollmächtigter des Rates der EKD am Sitz der Bundesrepublik Deutschland. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Herr Dr. Löwe, angesichts der verschiedenen großen Herausforderungen, die gegenwärtig zu bewältigen sind – Aufbau Ost, wirtschaftliche Rezession mit hoher Arbeitslosigkeit, außenpolitische Neuorientierung –, wirkt das politische System der Bundesrepublik überfordert. Ist Deutschland eine Schönwetterdemokratie, in der bei steigendem Wohlstand und stabilen Rahmenbedingungen alles glatt läuft, die aber mit tiefgreifenden Krisenerscheinungen und Problemlagen nicht zu Rande kommt?

Löwe: Gegenüber großen Diagnosen und Vokabeln ist eine gewisse Vorsicht geboten. Aber man hat derzeit tatsächlich

oft den Eindruck, daß über dem politischen Handeln und seinen Akteuren so etwas wie eine Lähmung liegt. Sie rührt meiner Meinung nach letztlich von einer gewissen Realitätsverweigerung her. Ich fürchte, wir nehmen noch nicht wirklich wahr, was nach dem Wegfall des Ost-West-Konflikts und der Wiederherstellung der staatlichen Einheit aus Deutschland und Europa geworden ist. Natürlich ist 1989/90 in unserem Land politisch Grandioses geleistet worden. Wie *Helmut Kohl*, *Hans-Dietrich Genscher* und *Willy Brandt* die Gunst der Stunde erkannt und entsprechend gehandelt haben, sucht seinesgleichen. Leider haben sich dann Kleinmut und Krämer-

geist ausgebreitet. Dabei sind wir durch die Gunst der historischen Stunde ungeheuer privilegiert.

HK: Was hat denn die Politik nach dem Vollzug der Wiedervereinigung vor allem falsch gemacht oder unterlassen?

Löwe: Nach der wiedergewonnenen Einheit wäre ein neuer Name für den größer gewordenen Staat fällig gewesen. Dadurch wäre zum Ausdruck gekommen, daß sich mehr ändern wird bzw. in den Tiefen schon geändert hat, als viele wahrhaben wollen. Man hätte etwa den Namen „Bundesrepublik Deutschland“ durch „Föderale Republik Deutschland“ ersetzen können. Ebenso hätte auch ein rascher Umzug von Regierung und Parlament nach Berlin allen deutlich gemacht, daß mit der Wiedervereinigung und der Rückkehr von Polen, Ungarn und – damals noch – der Tschechoslowakei nach Europa etwas Neues beginnt. Eine Änderung des Grundgesetzes in seiner Struktur und seinen grundlegenden Inhalten aufgrund der Wiedervereinigung war nicht nötig. Aber auf der symbolischen Ebene hätte mehr geschehen müssen. Symbole zeigen ja nicht nur etwas an, sondern bewirken auch etwas. In diesem Sinn hätte es die Namensänderung und den raschen Ortswechsel von Bonn nach Berlin gebraucht.

„Wir erleben einen qualitativen Sprung in der Entwicklung der Industriegesellschaft“

HK: Wenn man sich die Stimmung in der Bevölkerung anschaut, die für das „Superwahljahr“ 1994 eine weitere Abwendung von den großen Volksparteien und die Flucht in die Wahlabstinenz bzw. die Zuwendung zu Protestparteien befürchten läßt, gewinnt man nicht den Eindruck, daß die Bürger mit symbolischen Gesten zu überzeugen und für die Bewältigung der großen Aufgaben zu gewinnen wären...

Löwe: Zunächst muß natürlich den politisch Verantwortlichen deutlich werden, wie viel sich geändert hat. Man kann nicht erwarten, daß durch die Bevölkerung vor allem in den alten Bundesländern ein Ruck geht, wenn es an politischer Führung fehlt. Die anstehenden Fragen, die sich in der Ausgestaltung der Einheit Deutschlands stellen, müssen mit aller Klarheit öffentlich verhandelt werden, wobei eines nicht vergessen werden darf: Viele Probleme, vor denen die Bundesrepublik derzeit steht, hätten sich auch ohne die Wiedervereinigung ergeben. Daß die wirtschaftliche Entwicklung stockt, daß das Wohlstandsniveau in der Breite nicht weiter ansteigt, sondern daß Einschränkungen auf der Tagesordnung stehen, ist eine Folge von globalen Entwicklungen, die zunächst nichts mit der deutschen Wiedervereinigung zu tun haben, auch nicht mit dem Wegfall des früheren Ost-West-Gegensatzes in Europa. Es handelt sich letztlich um einen qualitativen Sprung in der Entwicklung der Industriegesellschaft, den wir jetzt erst richtig wahrzunehmen beginnen.

HK: Die Menschen in den neuen Bundesländern müssen sich den Anforderungen der Marktwirtschaft jetzt zu einem Zeit-

punkt anpassen, in dem sich diese in einer Struktur- und Anpassungskrise großen Ausmaßes befindet. Wird dadurch der verbreitete Unmut nicht mehr als verständlich?

Löwe: Ja und nein. Es gibt neben verständlicher Sorge in den neuen Bundesländern doch auch eine gewisse Wehleidigkeit, die nicht weiterführt. Inzwischen ist klar, wie heruntergewirtschaftet die DDR zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung wirklich war. Die Wirtschaft war in weiten Bereichen völlig marode, wurde durch riesige staatliche Subventionen am Leben erhalten. Daß es so nicht weitergehen konnte, ist doch offensichtlich. Ebenso weiß man jetzt, in welchem Maß in der ehemaligen DDR ökologisch völlig unverantwortlich gehandelt wurde. Es ist einfach nicht so, daß jetzt die Räuber aus dem Westen kommen, die die Industrie in den neuen Bundesländern zerstören, sondern die Industrie war weitgehend am Boden. Wir dürfen also weder im Westen die hausgemachten strukturellen Probleme auf die deutsche Einheit schieben noch im Osten Entwicklungen als Folgen der Marktwirtschaft zuschreiben, die genauer besehen zur Erblast des alten Systems gehören.

HK: Eine verbreitete Reaktion auf die gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verwerfungen in Deutschland besteht darin, daß man sich den Schwarzen Peter gegenseitig zuschiebt. Die Bürger halten den Politikern vor, sie seien viel zu abgehoben und hätten kaum mehr Zugang zu den realen Problemen, die Politiker beklagen ihrerseits den Mangel an politischem Engagement und Interesse im Volk und verweisen auf die kaum miteinander zu vereinbarenden Erwartungen, die an sie gerichtet würden...

Löwe: Ich würde das nicht zu sehr dramatisieren. Es handelt sich bei den gegenseitigen Schuldzuweisungen um ein beliebtes Gesellschaftsspiel, das man zur Entlastung der jeweils eigenen Seite braucht. Wichtiger scheint mir in diesem Zusammenhang, daß wir alle miteinander die Chance der Jahre 1989/90 verpaßt haben. Es gibt in der Geschichte eines Staates Situationen, in denen die Bereitschaft zum Hören vorhanden ist, in denen man die Notwendigkeit von Veränderungen und die bevorstehenden Einbrüche mit einer höheren Sensibilität als gewöhnlich wahrnimmt. Es gibt Augenblicke, in denen schmeckt nur reiner Wein, auch wenn er sauer ist. Eine solche Konstellation hatten wir in Deutschland von 1989 bis etwa Mitte 1990.

„Der Weg muß von der erlebten Gemeinschaft zum Gemeinsinn gehen“

HK: Wir haben also, biblisch gesprochen, den „Kairos“, den rechten Augenblick versäumt...

Löwe: Wir sind in der entscheidenden Phase zu sanft behandelt und unzulässig verwöhnt worden. Wenn man Kinder in einem bestimmten Alter verwöhnt, fällt es ihnen danach sehr schwer, sich in der rauhen Luft zu behaupten. Das gilt auch für eine

ganze staatliche Gemeinschaft, also in diesem Fall für die Bundesrepublik unmittelbar vor und nach der Wiedervereinigung.

HK: Kann man der verbreiteten Unsicherheit und Mißstimmung in der west- wie ostdeutschen Bevölkerung im Ernst durch Appelle zu mehr Patriotismus und Gemeinsinn entgegenwirken, wie es derzeit verschiedentlich von Politikern versucht wird? Sind solche Appelle letztlich nicht eher kontraproduktiv?

Löwe: Ich empfehle Zurückhaltung bei Appellen. Im übrigen kann ein Patriotismus, der nicht selbstverständlich gegeben ist, nicht von heute auf morgen aus aktuellem Anlaß eingefordert werden. Wichtig wären eher Begegnungen zwischen Ost und West in Deutschland, und zwar in viel größerem Maß, als es bisher geschieht. Wir könnten die Möglichkeiten der Begegnung von Kirchengemeinden sehr viel stärker nutzen, es bräuchte ebenso viel mehr gegenseitige Besuche von Schulklassen. Es käme bei solchen Begegnungen darauf an, daß man sich wechselseitig die eigene Biographie erzählt, daß man sich so vor Augen führt, wie die jeweilige Situation entstanden ist und was sich verändert hat. Ich bin ganz sicher, daß sich über solche Begegnungen ein gutes Stück Gemeinsinn und neue Gemeinschaft einstellt. Wenn man in den eigenen vier Wänden sitzen bleibt und dann via Fernsehen oder Zeitung mit großen Appellen konfrontiert wird, passiert überhaupt nichts. Der Weg muß von der erlebten, durch Begegnungen entstandenen Gemeinschaft zum Gemeinsinn und zum Nationalgefühl gehen, nicht umgekehrt von oben nach unten auf dem Verordnungsweg.

HK: Aber in Zeiten der Rezession, des massiven wirtschaftlichen Strukturwandels liegt es den Leuten doch weit näher, sich zunächst einmal auf das eigene Fortkommen, auf die eigene Interessenlage zu konzentrieren als sich auf die Gemeinwohlorientierung verpflichten zu lassen. Sind die Zeiten für Solidarität und Gemeinsinn nicht eher ungünstig?

Löwe: Es gibt bei uns nach wie vor viele Menschen, die weit mehr haben, als sie verbrauchen können. Von ihnen Solidarität und Gemeinsinn einzufordern, ist nicht mehr als recht und billig und bedeutet sicher keine Überforderung. Im übrigen sollte uns quer durch alle Schichten und Gruppen der Bevölkerung wieder stärker klar werden, was es bedeutet, daß es bei uns nicht zugeht wie in Georgien oder in Bosnien, daß wir vielmehr in geordneten und friedlichen politischen Verhältnissen leben. Man kann und soll das nicht belehrend dozieren, aber man kann immer wieder versuchen, den Menschen bei uns den Horizont zu weiten und ihnen ihr Privilegiertsein bewußt zu machen. Daraus könnte eine größere Gelassenheit erwachsen, die wir dringend brauchen, ebenso wie die Fähigkeit zur nüchternen Analyse unserer Situation als Voraussetzung für mutige Schritte ins Neuland.

HK: Auch die Kirchen in der Bundesrepublik haben bei der Wiedervereinigung versucht, die Menschen auf der Grundlage ihrer Botschaft für die Aufgaben und Herausforderungen der Einheit sensibel zu machen und haben seither den Weg

des vereinten Deutschland mit entsprechenden Stellungnahmen zur politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung begleitet. Man hat nicht den Eindruck, als hätten diese Mahnungen viel gefruchtet. Ist das nicht ein deutlicher Beleg dafür, daß der Einfluß der Kirchen auf Politik und Öffentlichkeit zurückgegangen ist und weiter zurückgeht?

Löwe: Was ich vorhin über den begrenzten Wert staatlich-politischer Appelle sagte, gilt ebenso für kirchliche Erklärungen und Mahnungen. Natürlich mußten sich die Kirchen aus Anlaß der Wiedervereinigung zu Wort melden und an ihre sozialethischen Grundpositionen erinnern. Aber wir sind doch einem Trommelfeuer von öffentlichen Äußerungen, Stellungnahmen und Erklärungen ausgesetzt. Es genügt deshalb nicht, daß die Kirche in Äußerungen zur Politik Richtiges, aber unvermeidlicherweise Abstraktes sagt. Wichtig ist, daß sie die Politiker aus der Nähe begleitet und aus dieser Begleitung heraus dann miteinander nach Antworten gefragt wird. Wir sprechen auch gegenüber der politischen Welt zu oft von der Kathedra. Weil viele andere auch reden, die direkteren Einfluß haben und wirkungsvoller – zum Beispiel durch Streiks – agieren können, tritt unser Reden leicht in den Hintergrund. Kirche hat ihre Chance dort, wo sie primäre Beziehungen zu Politikern aufbaut und nicht in erster Linie Forderungen stellt. Sie bietet einen Raum, in dem Politiker Belastungen abladen und aus dem dann auch neue Kräfte erwachsen können.

„Die Kirche ist stark vor allem im Moralisieren“

HK: Wird das Zeugnis der Kirche im politischen Raum nicht schon dadurch erschwert, daß es so etwas wie eine spezifische Politikunfähigkeit oder -müdigkeit vieler Christen, gerade auch aktiver und engagierter Christen gibt? Die Klage darüber, daß zu wenig Christen aus ihrem Glauben heraus politisch tätig werden, daß dieses Reservoir für politischen Nachwuchs austrocknet, ist vielfach zu hören. Was ist davon zu halten?

Löwe: Zunächst ist darüber zu sprechen, ob und inwiefern Christen und Kirchen eigentlich politikfähig sein müssen. Im christlichen Glauben stecken doch auch eher anarchische Elemente, er ist jedenfalls nicht sofort und umstandslos politisch instrumentalisierbar. Nehmen Sie die neueste Diskussion darüber, ob man mit der Bergpredigt regieren kann: Natürlich kann man mit der Bergpredigt nicht regieren; aber wehe uns, wenn die Bergpredigt nicht immer eine kritische Einrede gegen unser politisches Handeln darstellt! Im recht verstandenen Sinn erweist sich die Politikfähigkeit der Kirche daran, daß einzelne, orientiert am Evangelium, sich für die aktive politische Tätigkeit entscheiden. In dieser Hinsicht ist zweifellos etwas abgerissen, wenn Sie an die Rolle denken, die früher Verbände oder auch Studentengemeinden gespielt haben. Die Kirche ist inzwischen leider häufig zu einem sehr theoretischen Debatierklub geworden, stark vor allem im Moralisieren, aber weniger geeignet als Mutterboden und Ausgangspunkt für Christen, die aus ihrem Glauben heraus Politik machen wollen.

HK: Liegt das nicht auch daran, daß unter Christen teilweise auch sympathische, aber doch zu wirklichkeitsfremde Vorstellungen von einer ganz anderen, besseren und menschlicheren Politik vorherrschen, die ihnen den Zugang zum realen politischen Geschäft mit seinen Frustrationen und Zwängen eher erschweren? Auf Kirchen- und auch Katholikentagen ist doch diese Sehnsucht nach einer anderen Politik immer sehr deutlich zu spüren...

Löwe: Es ist gar nicht zu verurteilen, wenn Christen über das Bestehende, das Halbfertige von realer Politik hinausdenken und ihren Wunsch zum Ausdruck bringen, daß die Gesellschaft freundlicher, menschlicher werden und daß Politik sich an diesem Wunsch orientieren solle. Aber es ist verkehrt, die christliche Sehnsucht nach dem Reich Gottes zu rasch und zu kurzschlüssig in Politik überführen zu wollen. Es käme vielmehr darauf an, das Reich Gottes als etwas zu verstehen, das wirklich aussteht, das wir nicht machen können. Genau diese Einsicht kann Hoffnung, Kraft, Initiativen wecken, um mit dem unvermeidlichen Erdenrest von Politik souverän umzugehen und ungeachtet aller Frustrationen immer neu anzufangen. Wir sind insgesamt zu wehleidig, wir lamentieren zu viel und haben zu hohe Vollkommenheitserwartungen an andere, weil wir uns vielleicht über das Nichtgelungene, das Unvollkommene im eigenen Leben zu rasch und zu glatt hinwegmogeln. Andersherum wäre es richtig: Die Einsicht, daß wir selber so unvollkommen und so gebrochen sind, kann uns dazu verhelfen, die Gebrochenheit der Gemeinschaften, in denen wir leben, ehrlich und gelassen anzunehmen. Wir müssen uns um den Komparativ, um das Bessere bemühen. Das schlechterdings Gute ist politisch nicht herstellbar.

HK: Die gegenwärtige Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft könnte es den Kirchen auch aus einem anderen Grund schwer machen. Sie sind auf Solidarität, Gerechtigkeit und Zuwendung zu den Schwachen verpflichtet, die Zeichen stehen aber vor allem auf mehr Leistung, mehr Effizienz, Standorticherung durch Innovation, Förderung des Wettbewerbs zur Überwindung der strukturellen Schwächen der Wirtschaft. Wo sollen und müssen sie in einer solchen Situation den Akzent setzen, ohne ihrer Botschaft untreu zu werden, aber auch ohne den Kontakt mit der Realität zu verlieren?

Löwe: Wir brauchen zweifellos Effizienzsteigerung und Rationalisierung, um in der weltweiten Konkurrenzsituation wirtschaftlich bestehen zu können. Das bedeutet, daß die Anforderungen an diejenigen, die das Bruttosozialprodukt erwirtschaften, immer höher werden. Weil sich aber der Anteil der Begabten und besonders Befähigten nicht einfach im gleichen Maß steigern läßt, werden es immer mehr Menschen schwer haben, in ein solches sozusagen elitäres Beschäftigungssystem hineinzufinden. Deshalb müssen wir neben diesem primären Beschäftigungssystem, in dem wir unsere Ressourcen erarbeiten, sekundäre Beschäftigungssysteme entwickeln, in denen Menschen ihren Platz finden, die mit der wirtschaftlich-technischen Entwicklung nicht mithalten können. Das muß auch gerade ein Anliegen der Kirchen sein.

Aber es wäre falsch, wenn sie einen Glaubenskampf gegen notwendige Rationalisierungen und Effizienzsteigerungen führen würden.

HK: In Bischofferode haben sich Vertreter der Kirchen aber sehr wohl die Anliegen der streikenden Arbeiter zu eigen gemacht...

Löwe: Man kann ein solches Werk, das Arbeitsplätze für eine ganze Region bereitstellte, nur schließen, wenn klar ist, was mit den bisher dort Beschäftigten geschieht. Letztlich braucht es ein Gesamtkonzept für den Arbeitsmarkt, in dem es zusätzliche Möglichkeiten zwischen der Beschäftigung auf dem normalen, effizienz- und konkurrenzorientierten Arbeitsmarkt und der durch das soziale Netz zumindest minimal abgesicherten Arbeitslosigkeit gibt. Hier müßten wir viel mehr Phantasie und Kreativität entwickeln.

„Wenn andere an die Kirchen denken, kann uns das zunächst nur recht sein“

HK: Neben der Solidarität innerhalb unserer Gesellschaft ist auch die Solidarität nach draußen für die Kirchen ein unverzichtbares Anliegen, das in ihren Stellungnahmen zur politischen Entwicklung auch immer sehr deutlich zum Ausdruck kommt. Die Kirchen sind nicht die einzigen, aber sehr gewichtige Anwälte einer solidaritätsorientierten Entwicklungspolitik. Droht hier angesichts knapper Kassen ein Zielkonflikt zwischen kirchlichen Wünschen und dem politisch derzeit Machbaren bzw. Mehrheitsfähigen?

Löwe: Vordergründig könnte das so erscheinen, bei genauerem Nachdenken stellt sich die Situation aber anders dar. Wir sehen es doch beim Migrationsproblem: Wenn sich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in vielen Ländern der Dritten Welt nicht ändern, werden wir die Mauern gar nicht bauen können, die erforderlich wären, um dem Druck standzuhalten. Entwicklungspolitik ist deshalb nicht nur als caritatives Unternehmen zu sehen, sondern entspricht auch unserem wohlverstandenen Eigeninteresse. Wir müssen unsere bisherigen Aktivitäten auf diesem Gebiet also nicht nur beibehalten, sondern weiter ausbauen. Ich habe wenig Verständnis dafür, daß gegenwärtig der Entwicklungshilfeetat zurückgenommen wird. Natürlich gibt es allgemeine Sparzwänge, die auch diesen Etat berühren. Aber die Schlagzeile „Deutschland spart an der Entwicklungshilfe“ kommt uns letztlich viel teurer als die wenigen Millionen, die eingespart werden sollen. Die Kirchen verlangen also nichts Unangemessenes, wenn sie sich zum Anwalt der Entwicklungsförderung machen.

HK: Direkt in Pflicht genommen werden die Kirchen von Politikern zur Zeit vor allem dort, wo es um Werte, Wertvermittlung und -stabilisierung geht. Die Kirchen sollen maßgeblich dazu beitragen, angesichts zunehmender Gewaltbereitschaft und eines überbordenden Individualismus den Wert-

konsens der Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Soll sich die Kirche diesen Schuh wirklich anziehen?

Löwe: Wenn andere an die Kirchen denken, kann uns das zunächst nur recht sein. Entscheidend ist, wie wir mit solchen Forderungen umgehen. Ich habe mit dem hehren Wort „Werte“ oder „Wertekonsens“ meine Schwierigkeiten. Viel wichtiger als die Beschwörung von Werten ist doch die Frage nach den Bedingungen, unter denen sich Werte herausbilden oder die das verhindern. Hier kann die Kirche sehr wohl ihren Beitrag leisten, wenn sie etwa in Stadtvierteln mit vielen alleingelassenen und desorientierten Jugendlichen mit einem personellen Angebot präsent ist. Solchen Menschen vor Ort zu helfen, sich um sie zu kümmern, ist weit hilfreicher, als nur von Gemeinschaft und Konsens zu reden. Auch wenn die Kirche Menschen, die von Konflikten geplagt sind und nicht aus noch ein wissen, durch ihre Beratungstätigkeit hilft, trägt sie dazu bei, Gewaltherde einzugrenzen. Natürlich werden wir auch weiterhin in den Gottesdiensten und auch anderswo über die Gebote Gottes, die Goldene Regel oder andere Grundelemente des christlichen und gleichzeitig allgemeinmenschlichen Ethos sprechen. Aber den Frieden in der Gesellschaft fördert die Kirche vor allem durch Menschen, die über genügend Ressourcen verfügen, andere auch in ihren Problemen und Konflikten auszuhalten und sich ihrer anzunehmen. Wenn Politiker das von uns wünschen, verlangen sie nichts uns Fremdes.

HK: Inwieweit wirkt sich auf das Beziehungsgeflecht von Kirche und Politik die Tatsache aus, daß sich die Kirchen- und Glaubensbindungen in der Bevölkerung weiter lockern, die Kirchen in zunehmendem Maß Mitglieder verlieren und auch ihr Gewicht in der Gesellschaft zurückgeht? Was ist, wenn die kirchlichen Bataillone in absehbarer Zeit noch schwächer werden? Muß dann nicht fast zwangsläufig auch das Gehör für kirchliche Anliegen und Anregungen in der Politik zurückgehen?

Löwe: Natürlich dürfen wir den Rückgang nicht einfach hinnehmen und die Hände in den Schoß legen. Wir haben derzeit einen Schub bei den Kirchenaustritten, der sehr unterschiedliche Ursachen hat. Die einen treten aus, weil ihrer Meinung nach von Rom aus zu rigide moralische Vorschriften gepredigt werden, die anderen treten aus, weil ihnen die evangelische Kirche zu pluralistisch und zu lax vorkommt. Wie soll man das auf einen Nenner bringen? Das Heil liegt sicher nicht im Gesundshrumpfen. Wenn in einer Stadt wie Halle heute nur 12 Prozent der Bevölkerung Kirchenmitglieder sind, können diese nicht so viele Aufgaben wahrnehmen wie 80 oder 90 Prozent. Aber vielleicht ist der Verwunderungseffekt für die Gesellschaft stärker, wenn die Zahl der Christen kleiner ist. Die Frage, warum sie es überhaupt sind und was eigentlich dahintersteckt, könnte sich stärker aufdrängen als in Verhältnissen, in denen Christsein eine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit ist.

HK: Spielen Sie den quantitativen Faktor nicht zu sehr herunter? Soll sich die Kirche gesundshrumpfen?

Löwe: Wir sollten uns nicht zu ängstlich den Puls fühlen, um festzustellen, wie stark wir noch oder wie schwach wir schon sind. Das führt nicht weiter. Derzeit ist die Situation einigermaßen widersprüchlich, weil einerseits über den gesellschaftlichen Bedeutungsverlust der Kirche geklagt wird, wir andererseits aber über die Vielzahl von Erwartungen stöhnen, die an uns gerichtet werden. Ob wir mit 90 Prozent Mitgliedschaft etwas Wichtiges und Förderliches für unsere Gesellschaft leisten können, mit 60 Prozent aber nicht mehr, ist nicht erwiesen. Vor einem weiteren zahlenmäßigen Rückgang als solchem habe ich keine Angst. Verheerend wäre es allerdings, wenn die Christen und die Kirche das Zutrauen in sich selber und das Vertrauen auf Gott verlören, sich von Erwartungen und Befürchtungen, die von außen an sie herangetragen werden, abhängig machten. Zu dem merkwürdigen Defätismus, der zur Zeit in den Kirchen grassiert, sehe ich überhaupt keinen Anlaß. Wir brauchen weniger Selbstmitleid, dafür aber offenere Augen für das, was jetzt getan werden muß.

HK: Die kirchliche Landschaft in der Bundesrepublik wird vor allem durch das Neben- und Miteinander zweier großer Kirchen bestimmt. Wie sieht es derzeit mit der evangelisch-katholischen Zusammenarbeit gegenüber den politischen Gesprächspartnern aus, sowohl im Blick auf die alten wie auf die neuen Bundesländer?

Löwe: Wir hatten in den alten Bundesländern vor der Wiedervereinigung ein recht gut eingespieltes Miteinander der evangelischen und der katholischen Kirche, das sich bei der Vertretung kirchlicher Anliegen im politischen Bereich bewährt hat. In den neuen Bundesländern war man kirchlicherseits im Blick auf eine Mitverantwortung für die staatlichen und gesellschaftlichen Geschehnisse ziemlich ungeübt. Die neuen Möglichkeiten führten zu Irritationen, zu einem früher nicht gekannten Konkurrenzverhältnis. Inzwischen haben sich die Dinge meinem Eindruck nach weitgehend normalisiert. Es sieht also ganz so aus, als könnten wir nach der Wiedervereinigung den Stil der katholisch-evangelischen Zusammenarbeit weiter pflegen, der sich in der alten Bundesrepublik in den Jahren davor herausgebildet hat.

„Beide Kirchen könnten einander helfen, von den jeweiligen Obsessionen loszukommen“

HK: Sie sind jetzt seit fast einem Jahr in Bonn als Bevollmächtigter des Rates der EKD gegenüber den Organen des Bundes. Wie schätzen Sie aufgrund Ihrer konkreten Erfahrung die Chancen ökumenischer Gemeinsamkeit auf dem politischen Feld ein?

Löwe: Die christlichen Konfessionen werden von der Politik als voneinander unterschieden nur so wahrgenommen, wie man die verschiedenen Baustile der christlichen Kunst wahrnimmt, als interessante und eigengeprägte Varianten ein und derselben Sache. Wir können nur Gehör finden, wenn wir uns

auf das gemeinsame Christliche verständigen. Das wird von beiden Kirchen akzeptiert und deshalb arbeiten wir seit Jahr und Tag mit dem Katholischen Büro in Bonn ausgezeichnet zusammen. Auch im Kontaktgesprächskreis zwischen Rat der EKD und Deutscher Bischofskonferenz herrscht ein erstaunliches, immer wieder beglückendes Einvernehmen. Die Unterschiede im jeweils eigenen Lager sind oft schwerer zu bewältigen als die Vermittlung zwischen evangelischer und katholischer Position. Jede Kirche hat ja ihre spezifischen Schwierigkeiten auf dem ethisch-sozialethischen Feld...

HK: Woran denken Sie dabei vor allem?

Löwe: Die evangelische Kirche leistet sich derzeit eine Debatte um das Staat-Kirche-Verhältnis, besonders um den Militärseelsorgevertrag, die nicht zu umgehen ist, uns aber doch von vielen weit wichtigeren Aufgaben ablenkt und abhält. Diese Probleme haben unsere katholischen Brüder und Schwestern nicht und verstehen sie deshalb auch nur schwer. Die katholische Kirche wiederum, so ist jedenfalls mein Eindruck, verbeißt sich zu sehr an der Frage, wie vom kirchlichen Amt aus ein gewisser Moralstandard im Leben der einzelnen Gläubigen erhalten werden kann. Diese Frage wird teilweise so stark in den Vordergrund gestellt, daß es wie eine Obsession aussehen kann. Auch hier muß man sich draußen unwillkürlich fragen, ob die Kirche nicht Wichtigeres zu tun hat. Meine Hoffnung ist, daß die beiden Kirchen sich gegenseitig ein wenig dabei helfen, von den jeweiligen Obsessionen und Verkrampfungen loszukommen.

HK: Worauf müßte es den Kirchen – einzeln oder in ökumenischer Zusammenarbeit – angesichts der heutigen politischen und gesellschaftlichen Krisenerscheinungen und der teilweise recht ungewissen Zukunftsperspektiven in ihrem Auftrag gegenüber der Politik und den Politikern vor allem ankommen? Wo sind sie am meisten gefragt?

Löwe: Die Kirchen müssen in all dem Finessieren und Taktieren, das nun einmal zur Politik gehört, mithelfen, daß die großen Fragen nicht untergehen. Sie mahnen die Verantwortung an vor Gott dem Schöpfer und lenken den Blick auf kommende Generationen. Sie befreien vom Wahn perfekter Lösungen und widersprechen verlockenden Utopien. In der Mitte unseres Glaubens steht das Zeichen des Kreuzes. Aus diesem Glauben heraus müssen wir mithelfen, mit dem zu Rande zu kommen, was sich nicht rundet. Die Kirchen können einen genuinen Beitrag dazu leisten, daß wir uns selbst und auch die anderen, nicht zuletzt die Politiker und auch die Institutionen, nicht überfordern. Je stärker wir Kirchenleute eine andere Welt repräsentieren, und damit auch ein Stück weit in Distanz zum unmittelbaren politischen Geschäft stehen, nicht Lobby sein und auf dem Jahrmarkt der Interessen mitspielen wollen, desto mehr öffnen sich uns die Türen, werden wir als hilfreich wahrgenommen. Die Kirche hat dann die größte Chance, wenn ganz klar ist, daß sie nicht von dieser Welt ist. Denn auf Dauer hält die Welt der Politik nur aus, wer noch andere Welten – meinetwegen auch: den Himmel – kennt.

Gesetz, Freiheit und Gewissen

Die Kernpassagen der Moralenzyklika „Veritatis splendor“

Die am 5. Oktober veröffentlichte Moralenzyklika „Veritatis splendor“ gehört sicher zu den wichtigsten, aber auch zu den problematischsten Texten Johannes Pauls II. Eine vollständige Dokumentation ist wegen der Länge der Enzyklika nicht möglich. Wir dokumentieren die Abschnitte des zweiten Kapitels der Enzyklika, in denen sich die entscheidenden Aussagen über das Verhältnis von Freiheit und Sittengesetz und über das Gewissen finden. Zur Einordnung und Bewertung des Gesamttextes vgl. den Beitrag auf S. 548 in ds. Heft.

I. Freiheit und Gesetz

„Doch vom Baum der Erkenntnis von Gut und Böse darfst du nicht essen“ (Gen 2,17)

35. Im Buch *Genesis* lesen wir: „Gott der Herr gebot dem Menschen: Von allen Bäumen des Gartens darfst du essen, doch vom Baum der Erkenntnis von Gut und Böse darfst du

nicht essen; denn wenn du davon ißt, wirst du sterben“ (Gen 2,16–17).

Mit diesem Bild lehrt uns die Offenbarung, daß *die Macht, über Gut und Böse zu entscheiden, nicht dem Menschen, sondern allein Gott zusteht*. Gewiß, der Mensch ist von dem Augenblick an frei, in dem er die Gebote Gottes erkennen und aufnehmen kann. Und er ist im Besitz einer sehr weitgehenden Freiheit, denn er darf „von allen Bäumen des Gartens“ essen. Aber es ist keine unbegrenzte Freiheit: Sie muß vor dem „Baum der Erkenntnis von Gut und Böse“ haltmachen,